

Landesschülervertretung kritisiert Vorgehen des Kultusministeriums

Reform des Gymnasiums ohne die Hauptbetroffenen geplant

Bei dem zweitägigen Treffen Mitte Oktober in Wildbad Kreuth planten auf Einladung von Kultusministerin Monika Hohlmeier Unternehmer, Lehrer, Eltern und Wissenschaftler eine Reform des Gymnasiums, ohne jedoch die Hauptbetroffenen, die Schüler, direkt miteinzubeziehen. Die Landesschülervertretung (LSV) ist hierüber mehr als enttäuscht: "Es ist ziemlich frustrierend, dass auch das Kultusministerium neuerdings immer von mehr Mitsprache für die Schüler spricht, wir aber jetzt, wo es um die Zukunft des Gymnasiums geht, noch nicht einmal gefragt werden", beschwert sich Bezirksschülersprecher und Vorsitzender der LSV Stefan Hensel.

Die Landesschülervertretung hat zwar bei dem jährlich stattfindenden Gespräch mit Vertretern des Kultusministeriums die Möglichkeit, über die Interessen der Schülerschaft zu berichten, wird aber zu den Gesprächen, bei denen ein Konzept entwickelt wird, nicht eingeladen und kann somit am Reformprozess nicht aktiv teilnehmen. Die Landesschülervertretung ist enttäuscht, dass die Schüler erst aus der Zeitung von einem solchen Treffen erfahren. Durch dieses Außenvorlassen bei einem Dialog zur Reformierung des Gymnasiums fühlen sich die Schüler übergangen.

Die Landesschülervertretung begrüßt viele Vorhaben des Kultusministeriums bei der Verbesserung des bayerischen Schulsystems und wünscht z.B. ebenfalls eine fundierte Vermittlung von Grundwissen, das nicht sofort nach dem Abitur überflüssig wird, und das Vermitteln von Lern- und Arbeitstechniken, um sich jederzeit neues Wissen eigenständig anzueignen.

Allerdings sind sich die Schülervertreter nicht sicher, ob sich das Kultusministerium vorstellen kann, welche Auswirkungen die praktische Umsetzung auf die betroffenen Schüler haben werden. Durch das direkte Einbringen der täglichen Erfahrungen der Schülerschaft durch die Schülervertreter würde dieser Dialog um die Einsicht in die alltägliche Unterrichtspraxis, wie sie die Hauptbetroffenen erleben, erweitert, was zu einem konstruktiverem Ergebnis führen würde.

Daher fordert die Landesschülervertretung, am Dialog zum Umbau des Gymnasiums, den sie durchaus begrüßt, ebenso wie Lehrer- und Elternvertreter beteiligt zu werden.

Die Landesschülervertretung vertritt die Meinung der bayerischen Schülerinnen und Schüler und muss deshalb das Recht haben, an jeglichen Reformprozessen teilzunehmen. Schule ist auch dazu da, den Schülern Demokratie zu vermitteln.

Deswegen sollten die Schüler auch dann wenn es um sie geht miteingebunden werden